

28. Jan. 1974

VERTRAULICH

Anerkennung von Grenada durch die Schweiz

Politisches Departement. Antrag vom 10. Januar 1974 (Beilage)
 Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 21. Januar 1974
 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

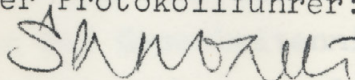
b e s c h l o s s e n :

1. Die Antillen-Insel Grenada wird im Hinblick auf die kommende Erklärung ihrer Unabhängigkeit anerkannt.
2. Das Politische Departement wird beauftragt, die Glückwunschs-botschaft vorzubereiten, die der Bundespräsident am 7. Februar 1974 an den Ministerpräsidenten von Grenada richten wird.
3. Die Einladung, einen Vertreter des Bundesrates an die Unabhängigkeitsfeierlichkeiten zu entsenden, wird nicht angenommen. Das Politische Departement wird beauftragt, die Verbalnote vom 5. Dezember 1973 der britischen Botschaft in Bern entsprechend zu beantworten.

Protokollauszug an:

- EPD 10 zum Vollzug
- EVD 3 zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:




- 2 -

p.B.15.11.Gren. - VG/1e
a.164.1. Gren.1.

3003 Bern, den 10. Januar 1974.

Ausgeteilt

Vertraulich

A n d e n B u n d e s r a t

Anerkennung von Grenada (W.I.)
durch die Schweiz

I.
Grenada ist eine Insel der Kleinen Antillen, der Nordküste Venezuelas und Trinidad's vorgelagert. Auf 344 km² leben rund 100'000 Menschen, mehrheitlich schwarzer Rasse.

II.

Nach Beendigung der vorerst französischen, später britischen Kolonialherrschaft gehörte Grenada von 1958 bis zu deren Auflösung der Westindischen Föderation an. 1967 schloss es einen Assoziationsvertrag mit Grossbritannien, der ihm die Selbstverwaltung brachte. Ein Versuch der politischen Vereinigung mit Guayana und andern Kleinen Antillen-Inseln [Erklärung von Grenada 1971] blieb in seinen Anfängen stecken. Die Insel beteiligt sich an den Integrationsbestrebungen im karibischen Raum.

./.

- 2 -

Am 30. Juli 1973 gab das Britische Aussenministerium bekannt, das Datum der Unabhängigkeit Grenadas sei auf den 7. Februar 1974 festgesetzt worden. Grenada werde Mitglied des Commonwealth bleiben und den Vereinten Nationen beitreten.

Bei den Wahlen im Februar 1972 erhielt die "Grenada United Labour Party" 13 von den 15 Kammersitzen, die "Grenada National Party" die beiden restlichen. Premier- und gleichzeitig Justizminister Eric M. Gairy leitet das Kabinett, dem fünf weitere Minister angehören.

III.

Landwirtschaft, zunehmender Tourismus und etwas Leichtindustrie sind die Stützen der Wirtschaft Grenadas. Der Aus- senhandel ist gering. Hauptlieferant und -abnehmer ist das Vereinigte Königreich. Die Zahlungsbilanz wird ausgeglichen durch britische Hilfe, die auch dem unabhängigen Staat weiter gewährt werden soll.

IV.

Schweizer scheinen auf der Insel keine zu wohnen.

V.

Mit Brief vom 7. November 1973 richtete Premierminister Gairy eine Einladung an den Bundespräsidenten, an die vom 3. - 10. Februar 1974 stattfindenden Unabhängigkeitsfeierlichkeiten einen Vertreter mit seiner Gattin zu delegieren.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Grenada sind auf keinem Gebiet von Bedeutung; die Akkreditierung eines

./.

- 3 -

schweizerischen Vertreters bei der Regierung der Insel rechtfertigt sich vorläufig nicht. Demzufolge lässt sich auch die Entsendung eines Vertreters des Bundes nicht begründen. Dies um so mehr, als unser Land an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten zweier anderer Mitgliedstaaten (Jamaika und Trinidad) der ehemaligen Westindischen Föderation nicht vertreten war. Dazu muss ebenfalls in Betracht gezogen werden, dass die Kleinen Antillen noch mehr Inseln umfassen, die in absehbarer Zukunft ihre Unabhängigkeit erlangen und uns dann eine ähnliche Einladung übermitteln könnten. Das Politische Departement ist der Auffassung, dass unter Berücksichtigung dieser Sachlage es im jetzigen Zeitpunkt nicht zweckmässig wäre, in diesem Raum einen Präzedenzfall zu schaffen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Einladung von Grenada abzulehnen.

Die Anerkennung Grenadas dagegen wäre ein weiterer Ausdruck der Universalität unserer Aussenbeziehungen. Da ihr keine politischen Gründe entgegenstehen, scheint es angezeigt, dass der Bundesrat sie in Form eines Glückwunschtelegramms ausspricht.

Auf Grund dieses Sachverhalts beehrt sich das Politische Departement, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

1. Der Bundesrat anerkennt Grenada im Hinblick auf die kommende Erklärung seiner Unabhängigkeit.
2. Das Politische Departement ist beauftragt, die Glückwunschsbotschaft vorzubereiten, die der Bundespräsident am

./.

- 4 -

7. Februar 1974 an den Ministerpräsidenten von Grenada richten wird.

3. Die Einladung, einen Vertreter des Bundesrates an die Unabhängigkeitsfeierlichkeiten zu entsenden, wird nicht angenommen. Das Politische Departement wird beauftragt, die Verbalnote vom 5. Dezember 1973 der britischen Botschaft in Bern entsprechend zu beantworten.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Antragsgemäss hat der Bundesrat

Beschlossen:

1. Das im Anhang wiedergegebene Ergänzungsprotokoll zum Abkommen vom 28. Juli 1956 über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Verkehr mit Kohle und Stahl im Durchgangsverkehr durch das schweizerische Gebiet wird genehmigt (s. Beilagen).
2. Der Chef der Schweizerischen Mission bei dem EG in Brüssel oder sein Stellvertreter wird ermächtigt, das Ergänzungsprotokoll für die Schweizerische Eidgenossenschaft zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Politischen Departement das Ergänzungsprotokoll in der Gesetzesammlung zu veröffentlichen.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

EPD 20 zum Vollzug mit Vollmacht
 VD 20 " "
 EPD 10 zur Kenntnis
 VD 10 " "

Protokollauszug an:

- das Politische Departement (in 10 Exemplaren) zum Vollzug
- das Volkswirtschaftsdepartement zur Kenntnisnahme.

Mir getrocknet Auszug,
 der Protokollführer:

SCHWITZ